

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES INSTITUT

## „Gemeinnützigkeit ist kein Allheilmittel“

„Von der Gemeinnützigkeit dürfen keine Wunder erwartet werden“, sagte Lars P. Feld beim Empfang der Jahrestagung des deutsch-französischen Instituts (DFI). Im Gegenteil. Das deutsche Steuerrecht verzerre hier in einigen Bereichen den Wettbewerb, so der Wirtschaftsprofessor.

VON THOMAS FAULHABER

Doppelt beeindruckt war der Volkswirtschaftler der Uni Freiburg und Direktor des angesehenen Walter Eucken Instituts von der Kulisse im Schloss. Mit 400 Zuhörern hatte das Mitglied der fünf Wirtschaftsweisen nicht gerechnet, dazu die barocke Pracht im Ordenssaal. „Fast schon einschüchternd“, scherzte der 50-Jährige, bevor er zur Sache kam.

Die Bedeutung des sogenannten dritten Sektors werde zunehmen, so Feld. Das seien Anbieter von Waren und Dienstleistungen von beispielsweise Genossenschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Vereinen, die dauerhaft und mildtätig dem Gemeinwohl dienen und nicht auf eigennützige Gewinnerzielung ausgerichtet seien. „Weil die Gesellschaft immer älter wird und viele länger gesund den Ruhestand genießen können, betrifft das nicht nur den Pflegektor, sondern auch den ganzen Freizeitbereich wie Sport und Kultur.“

Insgesamt werde im dritten Sektor in Deutschland etwa dieselbe Bruttowertschöpfung erzielt, wie im kompletten Fahrzeugbau. In Frankreich gebe es aktuell 1,35 Millionen nicht gewinnorientierte Organisationen, die aber zu über 60 Prozent vom Staat finanziert würden. Dort arbeiteten 7,5 Prozent aller Beschäftigten. „Ein wichtiger Zweig“. Feld nannte auch Zahlen für Deutschland. Allerdings seien die von 2007 und damit veraltet, monierte er die Datenlage.

Dass hier allerdings die Lösung aller Arbeitsmarktprobleme ruhe, sei nicht zu erwarten. Dazu seien tiefgreifende Reformen



Bei der Jahrestagung sprach Lars P. Feld, einer der fünf Wirtschaftsweisen (links). Neben ihm der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel und Frank Baasner vom DFI.

Foto: Oliver Bürkle

nötig, die Deutschland bereits hinter sich habe, meinte er im Blick auf die gerade demonstrierenden Nachbarn in Frankreich.

Sonst würden nur die Symptome bekämpft, nicht aber die Ursachen.

Die demografische Herausforderung sei auch durch Zuwanderung nicht zu schultern. Dazu müssten jedes Jahr über eine Million Einwanderer „netto“ kommen, so der Experte. „Dabei tun wir uns gerade mit 600 000 schon schwer.“ Und auch die Hoffnung, es bilde sich ein zweiter Arbeitsmarkt, habe sich in der Praxis nicht bewährt.

„Warum werden institutionelle Anbieter steuerlich massiv begünstigt, wenn private Mitbewerber die gleiche Leistung kostende-

ckend anbieten müssen und dafür auch voll besteuert werden“, stellte Feld das deutsche System infrage. Bei Übernachtungsmöglichkeiten, Pflegeleistungen oder bei „Essen auf Rädern“ zum Beispiel. Das sei eine eindeutige Benachteiligung privater Leistungen und damit Wettbewerbsverzerrung.

Deswegen erwartet er eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. „Es ist nur eine Frage der Zeit.“ „Als Wissenschaftler bin ich der Nüchternheit verpflichtet“, dämpfte er die Erwartung auf einen neuen sozial-ökonomischen Materialismus durch Gemeinnützigkeit. Ohne Kostendeckung und Gewinne leide jede Volkswirtschaft und gehe irgendwann zugrunde, Beispiele gebe es bereits. Wer auf anderes hoffe, der warte auf ein Wunder.

**Demografisch wären über eine Million Zuwanderer sinnvoll**